

Verlagsgesellschaft, Sozialistischer Verlag, G. M. b. H., Breslau I, Mikulaffstraße 49/50.

Verlagsgesellschaft, Sozialistischer Verlag, G. M. b. H., Breslau I, Mikulaffstraße 49/50.

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. — Durch Aufträge über die Post monatlich 2,50 Mk. vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Ausland.

Verlagsgesellschaft, Sozialistischer Verlag, G. M. b. H., Breslau I, Mikulaffstraße 49/50.

Einzelnummer 25 Pf. — Durch Aufträge über die Post monatlich 2,50 Mk. vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Ausland.

## Politische Uebersicht.

### Zwecklos.

Die an dem März-Generalstreik beteiligten Organisationen traten Montag zu einer Beratung zusammen, stellten den Ernst der Lage und die völlig ungenügende Durchführung der bekannten 8 Punkte fest und beschloßen beim Reichskabinett vorstellig zu werden, daß die tonterredolentesten Truppenteile sofort aufgelöst werden. Dieser Schritt ist unnötig, weil unbedingt erfolglos. Es ist das selbe, als wenn sich die Organisationen mit ihrer Forderung an Ehrhardt oder einen anderen Landstreichsführer wenden.

### Die „Republikanisierung“ der Reichswehr.

Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet: Die „Säuberung“ der Reichswehr wird besonders in Potsdam in großartiger Weise durchgeführt. Hunderte von Soldaten werden auf Grund der durchzuführenden Heeresverminderung entlassen, was verständlich ist, unverständlich bleibt aber, daß an Stelle der Entlassenen sofort Baltikumoldaten eingestellt werden. So sind jetzt bei der 5. Batterie des leichten Art.-Regts. 8 (Hauptmann Gröbendinkel) 4 Unteroffiziere und 20 Mann entlassen und durch Baltikunter ersetzt worden. Charakteristisch für die militärischen Zustände im allgemeinen und in Potsdam im besonderen ist, daß bei einem ganzen Abteilungsstab (Bataillonstab) 27 Offiziere, darunter 3 Majore und 7 Hauptleute Dienst tun. Die Republik hat's ja da zu.

### Der Rapp-Wutsch und die Rechtsparteien.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hielt gelegentlich eines von der demokratischen Partei veranstalteten Konzerts in Magdeburg der Oberreichsanwalt Baumgarten aus Leipzig, einer der Repräsentanten des Reichsgerichts, denen die Strafverfolgung der am Rapp-Wutsch Beteiligten obliegt, eine politische Rede. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Beteiligung der Rechtsparteien an dem Wutsch aus den Verlegen grundsätzlich festgestellt ist.

### Deutschland.

Genosse Walter Dehne, der bekannte Journalist, ist in Döberitz verhaftet worden, weil er Wahlschriften über die Vorbereitungen der Nationalisten in Döberitz, die nach sapphischer Ansicht keine Wahlschriften sein sollen, veröffentlicht hat.

### Die Massenentlassungen

von Arbeitern und Arbeiterinnen im Reich nehmen ihren Fortgang. Erneut haben die großen Besitztümer Warenhäuser, Bäckereien und Fleischnessereien von kaufmännischen Angestellten vorgenommen.

### Der Winienschiffersstreik

ist zusammengebrochen. Die Arbeit wurde bedingungslos wieder aufgenommen.

### Internationale Aktion gegen den weißen Terror in Ungarn.

Das Büro der Gewerkschaftsinternationale ist vor kurzem in London zusammengetreten und hat beschlossen, sich mit der größten Energie gegen das Regime des weißen Terrors zu wenden, das gegenwärtig in Ungarn herrscht. Man hat Nachrichten erhalten, daß die ungarische Regierung alles aufbietet, um die in Ungarn begangenen Verbrechen vor der englischen parlamentarischen Untersuchungskommission zu verbergen, die vor einiger Zeit in Budapest angetroffen ist. Das internationale Büro hat die Möglichkeiten geprüft, wie man Ungarn zwingen kann, auf seine Politik des Terrors

zu verzichten. Es hat sich bereits mit den großen Arbeiterorganisationen der Nachbarländer Ungarns in Verbindung gesetzt und ebenso mit dem internationalen Transportarbeiterverband. Es glaubt, vom 15. Juni an das von den reaktionären Magyaren-regierte Ungarn vollkommen isolieren zu können. Ein solches Abgeschnittensein von allen Warentransporten in das Ausland und aus dem Ausland dürfte allerdings eine starke PreSSION ausüben.

## Revolutionär müßt ihr wählen!

National sollt ihr wählen! rufen die bürgerlichen Parteien. Deutschland hat stets eine „nationale“ Reichstagsmehrheit gewählt. — Und der Erfolg?

Die „Nationalen“ haben mit dem Gelde der Steuerzahler das Weltkrisen veranfaßt. Sie haben uns den Krieg mit seinem unjagbaren Jammer besorgt.

Die Nationalen bleiben bei ihrer Politik, sie halten fest am Kapitalismus, an der Ausbeutung, daher die Leuerung, die furchtbare Not.

Wer daher national wählt, darf sich nicht wundern, wenn das Brot ständig teurer wird, wenn er Fleisch auf seinem Tische kaum mehr sieht, wenn er arbeitslos wird und schließlich im Elend verkommt.

National wählen nur die Befürworter der Geldsacke, die Schlemmer, die Prasser, die Nichtstuer.

Die Frauen, die Männer des arbeitenden Volkes stimmen nur für die Partei, die den Kapitalismus als ihren Todfeind bekämpft und das ist nur die

# USPD.

### Ganz wie bei uns.

Paris. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquet erklärt, daß bis jetzt aus Anlaß des Ausstandes 2636 Eisenbahner entlassen wurden. In dieser Zahl seien jedoch die Entlassenen aus den Werkstätten nicht eingerechnet.

### Kongress der norwegischen Arbeiterpartei.

Die norwegische Arbeiterpartei hielt in den Fingstagen in Kristiania ihren Parteitag ab. 355 Vertreter waren anwesend. Aus der Eröffnungsansprache ging hervor, daß die Mitgliederzahl von 80.000 im Jahre 1918 auf 110.000 gestiegen ist. Der Vorstandsbericht über „Sozialisierung und Betriebsrat“ wurde einstimmig angenommen, der Bericht über das Sowjetrussland mit 285 gegen 52 Stimmen.

## Die bürgerlichen Parteien und die Frauen.

Von Verena Braunthal.

Die rechtsstehenden Parteien haben vor der Einführung des Frauenwahlrechts mit aller Energie dagegen angekämpft. Sie trübten auf der konservativen Weltanschauung, die das Befehende für gut und unabweisbar erklärt. Sie wehrten sich dagegen, daß die Frauen des Volkes irgendwelche politischen Rechte haben sollten. Sie waren die eifrigsten und lautesten Befürworter des Standpunktes: „Die Frau gehört ins Haus“, während sie sie als Unmutter und Grundbesitzer zur billigen Frauarbeit in den Fabriken und auf ihren Landgütern zwingen. Und sie betrachteten das Frauenwahlrecht noch heute als ein unwillkommenes, ihnen unangenehmes Geschenk, gegen das sie mit ihrer Weigerung erfüllt sind. Da jedoch die Frauen als Wählerinnen den entscheidenden Ausschlag bei den Wahlen geben

verfügen über zwei Millionen Stimmen mehr als die Männer — werden sie von diesen Leuten, die bis zur Revolution ihre Interessen nicht achteten, mit allen Wohlwollenden, deren die deutsche Sprache fähig ist, unerschmeißel und beibr. Besonders die „Deutschnationale Partei“ und ihr Blatt, die „Deutsche Zeitung“ betreibt eine eifrige Propaganda unter den Frauen. Sie vertritt sich sogar zu der Behauptung, daß die deutschen Frauen bestimmend bei der endgültigen Festlegung der Staatsform unseres Vaterlandes sein werden und legt ihnen damit als politischen Faktor eine hohe Bedeutung bei. Vor allem appellieren die „Deutschnationalen“ an den nationalen Instinkt der Frauen. Die Ideologie unserer Ahnen, der Nationen, aus der sich die deutsche Nation gebildet hat, fordern in

burgern haften und gegen andere Stämme um den Futterplatz kämpften, wird hervorgeholt, die deutsch-völkischen Frauen sollen sich wieder in die Rolle ihrer weiblichen Vorfahren versetzen, die kämpfenden Männer durch Zureufe und Aufmunterung stärken. Der Friede ist ihnen ein Greuel. Sie haben den Gedanken der Hegemonie der deutschen Nation über die anderen Nationen größtmöglichermaßen noch nicht aufgegeben und wollen mit allen Mitteln auch in den deutschen Frauen den Gedanken der Heiligkeit, des künftigen Nachfeldzuges gegen die Feinde nähren. Wenn eine solche Frau, Karoline Krause, in einem Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ vom 3. Mai schreiben kann:

„Die herzensehnte Mutter, die den Samen vaterländischer Liebe in ihres Kindes Herz senkt, die willig ist, wenn der Ruf von neuem an sie ergeht, dem Vaterlande wieder ihr Liebste darzubringen — diese Mutter ist einer der wichtigsten Bausteine an Deutschlands Zukunft und sie ist nur in den von der demokratisch-pazifistischen Knochenverweichung noch unberührten Kreisen unseres Volkes zu finden.“

So beweist sie damit, daß diese Kreise, die die furchtbare Niederlage Deutschlands durch ihre Mächtig herbeigeführt haben, noch immer nicht von ihrem Wahne geheilt sind und wenn sie die Macht hätten, erneut rüsten und Deutschland ins unjüngste Elend stürzen würden. Die deutschen Mütter, die aus den Erfahrungen des fünfjährigen Krieges gelernt haben, daß ein Krieg unter dem kapitalistischen Regime nur den eigennützligen Machtinteressen der besitzenden Klassen aller Länder dient, würden sich verzweifelt dagegen wehren, ihr Liebste für die Führung eines neuen imperialistischen Krieges herzugeben. Die dänische Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges hat berechnet, daß die Menschenverluste im Weltkrieg für Deutschland allein 6.300.000 betragen einschließlich der Verluste durch den Geburtenrückgang. Das kostbarste Gut der Gesellschaft, die Menschen, ist durch eine verbrecherische, gewissenlose Clique, die sich um den ehemaligen Kaiser und die deutschnationale Partei scharte, wie Feuer hinweggemäht worden.

Auch die Demokraten erinnern sich jetzt, daß die Frauen eine politische Macht darstellen. Herr Theodor Wolff widmet ihnen im „Berliner Tageblatt“ einen Wahlbrief, in dem er versucht, die Frauen zur Stimmabgabe für seine Partei zu bewegen. Er macht sich die Sache sehr leicht. Für ihn bedeutet die Koalition der Gipfel der Staatsklugheit, die Deutschland vor dem äußersten Höllenschreden bewahrt hat. Die es gilt es aufrecht zu erhalten. Eine Herabsetzung der Preise, eine Befestigung unserer Verhältnisse soll sich ergeben, wenn ohne neue gewalttätige Störungen gearbeitet wird. Aber gerade die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, dessen Vertreter Herr Theodor Wolff ist, verhindert die stetige, ruhige und planmäßige Arbeit. Man obgleich die Arbeiter zur produktiven Tätigkeit bereit sind, werden sie jetzt gezwungen, zu feiern; die Fabriken stehen still. Die Kaufkraft der breiten Massen ist infolge der wahnwitzigen Preissteigerung gewaltig gesunken. Millionen über Millionen können das Allernotwendigste nicht mehr erwerben. Aber die Fabrikanten stellen lieber die Produktion ein, als daß sie die Preise herabsenken. Die Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens und die damit im Zusammenhang stehenden politischen Erschütterungen sind eine Folge des kapitalistischen Systems, des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln, des Arbeitslosigkeit, steigende Preise und damit steigende Verelendung der breiten proletarischen Massen zur Folge hat. Wenn aber Herr Theodor Wolff behauptet, daß unsere ganze Misere die Folge des verlorenen Krieges ist, so können wir auch seine Partei nicht frei von der Schuld sprechen, die Regierung und die Militaristen während des Krieges unterstützt, die wahnwitzige Völkerverehrung und Aufpöhlerei der nationalistischen Instinkte gefördert und eine Vermehrung der Macht Deutschlands auf Kosten der anderen Länder gefordert zu haben!

Ganz schlecht kommt aber in diesem Wettrennen um die Frauen die rechtssozialistische Partei davon. Sie hat den Frauen nichts zu bieten als Versprechungen auf den neuen Reichstag. Sie tut sich wohl sehr viel zu Gute auf die Einführung des Frauenwahlrechts, die sie ihrer Parteilichkeit vor und während des Krieges auf diesem Gebiete zuschreibt. Tatsache ist aber, daß das Frauenwahlrecht, ebenso wie der Achtundzweißigste, eine Frucht der Revolution ist, gegen die sich die Rechtssozialisten mit allen Mitteln des letzten Moments gewehrt hatten. Auch die rechtssozialistische Partei hat während des Krieges die Regierung unterstützt, die gegen die Sozialisten die Demission unserer Partei, die

eine Friedenspolitik einschlagen wollte, auf das bitterste bekämpft und ausgeschlossen und damit gleichfalls zur Verlängerung des Krieges, zur schrecklichen Niederlage und Zerrüttung unseres Staates beigetragen. Sie hat diese Politik auch nach dem Kriege fortgesetzt, die alten Reaktionen und monarchistisch gefirmten Offiziere wieder in ihre Macht eingesetzt, das revolutionäre Proletariat entwaffnet und von der bemächtigten Reaktion die besten Kämpfer des Proletariats menschenähnlich hinhängen lassen. Und als sie Gelegenheit hatte, einen ausreichenden Mutterchor zu schaffen, da redete und stimmte sie in der Nationalversammlung gegen ihre eigenen Anträge, die sie im Jahre 1910 anlässlich der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag einbrachte, und die diesmal von unserer Genossin Litz vertreten wurden. So kam das Reichswochenhilfsgesetz zustande, das ein Wochenlohn von 1,50 Mk. pro Tag festsetzt. Es genügt natürlich nicht, um den Frauen schwere Berufsarbeit während einer Zeit zu ersparen, wo sie im Interesse der Gesundheit und Entwicklung der Nachkommenschaft vollkommener Schonung bedürfen!

Die Unabhängige Sozialdemokratie allein gibt die Gewähr für eine sozialistische Fürsorge für Mutter und Kind, für eine wahrhafte Friedenspolitik zwischen den Völkern. Sie hat trotz des Krieges den Gedanken der inter-

## Genossen!

Die Reaktion rüstet! Organisiert den Widerstand! Seid bereit!

nationalen Solidarität hochgehalten, sie hat durch ihre Beteiligung an den internationalen Konferenzen während des Krieges in Vorn (internationale Frauenkonferenz), Zimmerwald und Kienthal die Beziehungen mit den Genossen der anderen Länder aufrecht erhalten und sie hat trotz Verfolgungen, Einziehungen und Kerkerhaft, für den dauernden Frieden und für dauernde Völkerverständigung gekämpft. Der Gedanke des Völkerr Friedens und der Menschheitsverbändigung, der gerade den Müttern des Volkes am teuersten ist, wird nur durch den Sieg des revolutionären Sozialismus, den die Unabhängige Partei vertritt, verwirklicht werden.

## Worte und Taten.

Zusammengestellt von Karl Marchionini.  
(Schluß.)

Der Parteitag spricht deshalb trotz den zu tadelnden Vorkommnissen seinen in der Regierung sitzenden Genossen alles Vertrauen aus.

(Aus einer Entschließung, die am 13. Juni 1919 auf dem Parteitage der Rechtssozialisten in Weimar zur Annahme gelangte.)

Der Parteitag macht es den Parteigenossen in der Regierung und in den Parlamenten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß alle politischen Beamten befristet werden, die innerlich noch auf dem Boden des alten Regimes stehen. . . .

(Angenommen auf dem Parteitage der Rechtssozialisten in Weimar am 13. Juni 1919.)

Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer. Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unbeteiligt sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintraten und damit die einseitige Zusammenziehung dieser Truppen verschuldeten.

(Aus einem Antrage, dem vom Parteitage der Rechtssozialisten am 13. Juni 1919 in Weimar zugestimmt wurde.)

Wir kritisieren unsere Freunde in der Regierung mit aller Schärfe, nicht um ihnen das Leben schwer zu machen, sondern um sie daran zu erinnern, daß sie Sachwalter des Proletariats sind.

(Rechtssozialist Otto Wels auf dem Parteitage in Weimar am 10. Juni 1919.)

Trotzdem ist für mich der 2. und 4. August 1914 der schwärzeste Tag meines Lebens. Er war ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für unsere Kultur. Gätten wir am 4. August anders gestimmt oder wenigstens uns der Stimme enthalten, so ginge es Deutschland ganz gewiß nicht schlechter. Millionen Menschen wären weniger zu Tode und Millionen Menschen wären weniger verkrüppelt. (Zürmischer Widerpruch und lautes Lachen.)

(Eduard Bernstein auf dem Parteitage der Rechtssozialisten in Weimar am 12. Juni 1919.)

Wir müssen mit aller Deutlichkeit hier zum Ausdruck bringen, daß Bernstein nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in der Partei ein Eingänger ist. (Erhebelter Beifall.)

(Landwirtschaftsminister Otto Braun auf dem Parteitage der Rechtssozialisten am 12. Juni 1919 in Weimar.)

Als Herr v. Gerlach in der Diskussion verstand, daß einer der rechtssozialistischen Vertreter (Herr Kummer) in Weimar es gewagt habe, zu sagen, für den Bundesratsmitglied der Kaiser und Reichskanzler (in der Frage über die Schuld am Kriege) werden die deutschen Arbeiter niemals Verständnis haben und als Gerlach hinzusetzte, dieser Sozialist, der so zu sprechen wagt, sei nicht niedergebrennt worden, ja, er habe noch Beifall erhalten, da er sich eine ungehörige Zurückhaltung unter der Versammlung, die zeigt, daß der geschwätzige Geist der Rechtssozialisten jetzt vom einseitigen Bürgerturn vertrieben wird.

(Sachverhalt, Freiheit, Nummer 281 vom 14. Juni 1919, über den 2. Deutschen Parteitag.)

Die Regierung des freien Volksstaates Sachsen hat die Bildung von Freiwilligenverbänden befohlen. Deshalb müssen sofort aus allen Kreisen der Einwohnerchaft, die sich hinter die gegenwärtige Regierung stellen, gleichgültig welcher Partei sie angehören, Freiwilligenverbände gebildet werden. Das untersteht sich dem unantastbaren Grundgesetz. Bedingungen: Alter nicht unter 20 Jahre. Freier Wille, die Regierung und das Land gegen jeden Gewaltbruch zu schützen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Interessierung unter die Führer.

Otto Kylan (Rechtssozialist), Beauftragter der sächsischen Regierung.

Kaerter, Generalsekretär.  
(Am 13. Juni 1919 in Weimar.)

# Republik Deutschland

## Muß die Kohle so teuer sein?

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes  
Berlin-Schöneberg.

Vor dem Kriege kostete im Ruhrgebiet die Tonne Steinkohlen 12 Mk., heute aber (in schlechterer Qualität) 210 Mk. In diesem Preise sind mitenthalten die Zuschüsse an die Zechen für Lebensmittel und Bergarbeiterwohnungen, die Kohlensteuer und die Umsatzsteuer. Setzt man diese Posten ab, die für die Vorkriegszeit nicht in Frage kamen, so ergibt sich eine Steigerung von 12 Mk. auf 165 Mk. oder auf das Bierzehnfache. Vor dem Kriege entfielen auf den Arbeitslohn 52 Proz.; für die sonstigen Selbstkosten rechnete man 28 Proz., für den Unternehmergewinn 10 Proz. Es betragen also etwa pro Tonne: Arbeitslohn 6,20 Mk., sonstige Selbstkosten 4,60 Mk., Unternehmergewinn 1,20 Mk. Heute beträgt der Arbeitslohn für die Tonne etwa 66 Mk.; die sonstigen Selbstkosten, in denen auch die Schulzinsen und zahlreiche andere Posten stecken, die gar nicht oder wenig gestiegen sind, machen höchstens 60 Mk. aus, so daß der Unternehmergewinn pro Tonne mindestens 39 Mk. beträgt. Der Unternehmergewinn ist also auf mindestens das 32fache gestiegen. Sein Anteil an dem Preis (ohne Zuschüsse und Steuern) beträgt nicht mehr 10 Proz., sondern mindestens 24 Proz., während der Anteil des Arbeitslohnes von 52 auf 40 Proz. gesunken ist. Arbeitslohn und Unternehmergewinn verhalten sich nicht mehr wie 5:1, sondern wie 5:8.

## Proletarier!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

## Seid bereit!

Die Reaktion wird höchstwahrscheinlich in der aller-nächsten Zeit losgeschlagen. Vielleicht schon vor der Reichstagswahl. Sie wird unter Anwendung aller Mittel — auch des Massenmordes — versuchen, die Arbeiterklasse wiederum in die Knie zu zwingen, um sie, wenn sie zu Boden getreten und machtlos ist, rücksichtslos auszubeuten. Es wird in Deutschland ein Bürgerkrieg entbrennen — auf der einen Seite die Arbeiterklasse, auf der anderen Seite das Kapital — wie ihn die Geschichte noch nie gesehen hat. Dieser Entwicklung gilt es fest ins Auge zu sehen.

Die Arbeiterklasse muß zum Abwehrkampf bereit sein.

Die Strohrippen in der Regierung sind machtlos, ebenso ohnmächtig wie vor dem Rapp-Putsch. Stillschweigend sehen sie dem Treiben der Konter-Revolutionäre zu. Ja, sie begünstigen deren umfängerischen Pläne, denn sie befehlen, Klaven und verpflegen aus Reichsmitteln die Weiße Armee. Es wird der Tag kommen, an dem die letzten anständigen, ehrlichen Arbeiter sich mit demselben Abzuge von den Ebert, Müller und Genossen abwenden werden, wie am 13. März von Roske und seinen Gefolgsgegnern.

## Arbeiter, merkt Euch diese Worte!

Im Abwehrkampf gegen den Weißen Terror der Militaristen und Kapitalisten wird die Einigung der Arbeiterklasse hergestellt werden. Es wird dann nicht mehr die Frage sein: ob S. P. D., U. S. P. oder K. P. D. Auf revolutionärer Grundlage geeinigt, werden alle Proletarier wissen, daß der Diktatur des Militarismus und Kapitalismus die Diktatur des Proletariats entgegengesetzt werden muß. Bis jetzt lehnen die Arbeiter der S. P. D. diesen Siasdypnat noch ab. Sie werden sehr bald zu unserer Erlösung kommen. Bis dahin ist die einzige Partei, die sich mit aller Macht dagegen wehrt, daß mit der Arbeiterklasse Schindluder getrieben wird, die

## Unabhängige Sozialdemokratie.

Wenn es zur Reichstagswahl kommt, wählt deshalb jeder denkende und klaffenbewußte Proletarier die

Liste Gruschwitz-Müller (Mittelschlesien)

Liste Kemig-Ziegler (Niederschlesien).

Diese für die Volkswirtschaft sehr nachteilige und nur für wenige Miliarder sehr vorteilhafte Bedienung der Dinge ist erst in den letzten Monaten eingetreten. Im vierten Vierteljahr 1919 betrug die gesamte Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet 19,6 Millionen Tonnen mit einem Gesamtwert (ohne Kohlen- und Umsatzsteuer) von annähernd 1,3 Milliarden Mk. Der gesamte Arbeitslohn betrug 694 Millionen Mk., d. h. 35 Proz. des Gesamtwertes. Auf eine Tonne entfielen also damals an Arbeitslohn 35 Mk., an sonstigen Selbstkosten (Schulzinsen) 23 Mk., an Unternehmergewinn etwa 8 Mk. Der Unternehmergewinn war also noch im vierten Vierteljahr 1919 relativ nicht viel höher als vor dem Kriege.

Seit dem vierten Vierteljahr 1919 ist der Arbeitslohn auf die Tonne Steinkohle fast auf das Doppelte, der Unternehmergewinn aber auf etwa das Fünffache gestiegen. Und bei einem Vergleich ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeiter inzwischen das Opfer der Überhörschichten gebracht haben, während von einem ähnlichen Grunde für die Bergarbeiterförderung der Unternehmer nichts bekannt geworden ist. Vor dem Kriege betrug der gesamte Unternehmergewinn im Ruhrgebiet monatlich 10 Millionen Mk., heute aber — trotz vorzüglicher Förderung — nicht mehr 250 Millionen Mk. Der Durchschnittslohn für die Kohle (einschließlich Überhörschichten) ist seit Kriegsausbruch auf etwa das Fünffache gestiegen. Das ist es ja bei uns jetzt nicht bloß, daß die

Unternehmer mit der gleichen Verdiensterhöhung begnügen wie die Arbeiter, aber vielleicht wäre eine Einigung auf mittlerer Basis denkbar, etwa in der Weise, daß die Unternehmer künftig monatlich nur ebensoviele verdienen würden wie früher jährlich. Dann wäre es doch immerhin möglich, den Kohlenpreis für die Tonne um 24 Mk. zu ermäßigen. Das würde eine Verbilligung der Erzeugungskosten für fast alle Waren bedeuten, und auch für die Reichsfinanzen wäre das vorteilhaft, denn der Ausfall an Kohlensteuer würde reichlich aufgewogen durch die Minderausgaben im Eisenbahnbetrieb usw.

Ich bin mir wohl bewußt: das Opfer, das ich hier den Zechenbesitzern zumute, ist ungeheuer groß. Wenn sie künftig nur 20 Mk. an der Tonne verdienen sollen, so schrumpft der Anteil ihres Gewinns an dem Gesamtpreis (ohne Kohlensteuer und Umsatzsteuer) von gegenwärtig mindestens 24 Proz. auf 14 Proz. zusammen. Aber sie werden dann — wie ja auch auf dem Gebiete der Vermögensgesetzgebung — immer noch wesentlich besser daran sein als ihre englischen Kollegen, deren Gewinn nach dem neuesten Etat des dortigen Kohlenkontrollen nur 4 1/3 Proz. des Gesamtpreises der englischen Kohle ausmacht. Allerdings entfallen dort auf die Kohle nicht weniger als 73 Proz., d. h. 17 mal soviel wie auf die Unternehmergewinne, während die Löhne im Ruhrgebiet, wie gezeigt, gegenwärtig insgesamt nur das 1 2/3fache und nach Durchführung meines Vorschlages das 3 1/2fache der Unternehmergewinne ausmachen. Der Grund für die verschiedenartige Entwicklung ist eben der: am Gold gemessen sind heute in England die Bergarbeiterverdienste reichlich doppelt so hoch, die Unternehmergewinne etwa ebenso hoch wie vor dem Kriege; am Gold gemessen sind heute in Deutschland die Bergarbeiterverdienste wesentlich niedriger als vor dem Kriege, die Unternehmergewinne aber reichlich doppelt so hoch.

Dazu schreibt die „Freiheit“: Der vorstehende Artikel von Dr. Kuczynski zeigt, welch ungeheures Verbrechen an der Allgemeinheit die Koalitionsregierung und die Rechtssozialisten begangen haben, als sie die Sozialisierung des Kohlenbergbaues verhinderten. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß der Vorschlag von Dr. Kuczynski, die Unternehmer möchten sich mit der Beschränkung ihrer Gewinne einverstanden erklären, ironisch gemeint ist. Freiwillig hat noch nie eine Klasse auf die Möglichkeit der Steigerung ihrer Gewinne verzichtet. Der Kohlenbergbau muß in die Hände der Allgemeinheit überführt werden.

## Die Gothaer Landtagswahlen.

Die Unabhängigen haben erhalten 37 899 Stimmen und 9 Mandate, die Deutsche Volkspartei 12 686 (3 Mandate), die Deutschnationale Volkspartei 4217 (1 Mandat), Bauernbund 21 412 (5 Mandate), die Deutschen Demokraten 7675 (1 Mandat), die Rechtssozialisten 3925 (kein Mandat).

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat also trotz des ungeheuren Ansturms aller ihrer Gegner, zu denen auch die Rechtssozialisten gehörten, und trotz der Verhängung des Belagerungszustandes durch die Reichsregierung von ihrer Stimmzahl bei der vorigen Wahl nur wenig mehr als 10% eingebüßt. Dagegen haben die Rechtssozialisten trotz der Unterstützung, die ihnen die Reichsregierung hat zuteil werden lassen, nur die Hälfte ihrer früheren Stimmzahl zu erreichen vermocht und das eine Mandat, das sie hatten, auch noch verloren, während die Unabhängige Sozialdemokratie von ihren 10 Mandaten 9 behalten hat. Der Ausgang dieser Wahl ist für unsere Partei durchaus zufriedenstellend, für die Rechtssozialisten dagegen der verdiente Zusammenbruch für ihre politische Unmoral.

Im übrigen war die ganze Wahl eine verpuffte Aktion, von der Reichsregierung inszeniert gegen die Unabhängige Regierung in Gotha. Die Wahl bleibt ohne praktische Bedeutung, da Gotha in kurzer Zeit im Volksstaat Thüringen aufgeht und dann wieder Neuwahlen nötig sind.

## Spartakisten.

Die Arbeiterklasse, Angestellte und Beamte kommen bei den jetzigen Löhnen und Gehältern nicht mehr zum Sparen, zur Aufspeicherung von ein paar hundert Mark für Zeiten der Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Streiks. Sie kennen jetzt zum ersten Mal den Gang der Spartakisten nur noch, um die letzten Pfennige früherer Rücklagen abzuholen und dadurch die Unsicherheit und Ungewißheit der Existenz noch drohender zu gestalten. Diese Verhältnisse kommen auch klar genug in der Statistik deutscher Spartakisten zum Ausdruck, die der „Reichsanzeiger“ vor einiger Zeit veröffentlicht hat. Während im ersten Vierteljahr 1918 2 1/4 Milliarden Mark mehr eingezahlt als abgehoben wurden, im gleichen Zeitraum 1919 sogar fast 2 1/2 Milliarden, ergibt sich für die Monate Januar-März 1920 eine so gewaltige Verschiebung, daß 360 Millionen mehr abgehoben als eingezahlt worden sind.

Diese Zahlen sprechen deutlich von der Notlage des arbeitenden Volkes, sie zeigen, was es auf sich hat mit dem Schicksal „von den unerträglich hohen Löhnen, die die Volkswirtschaft nicht mehr zu ertragen vermag“.

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Die Krönung der kapitalistischen Anarchie.

Die „Deutsche Medizin. Wochenschrift“ Nr. 17 schreibt: Der Mangel an Kystol ist augenblicklich derartig, daß die Arbeiten am Pathologischen Institut dadurch leiden und Prof. B. Fischer, der Direktor des Patholog. Instituts, über den Kystolmangel eine öffentliche Erklärung abgibt, in der er an die Gutherzigkeit der Schieber appelliert!

### Die Senkung der Eisenpreise.

Der Eisenwirtschaftsband hat die Preise für A- und B-Produkte um durchschnittlich 3 bis 500 Mark pro Tonne, teilweise sogar noch darüber, ermäßigt. Die Preise für den Juni stellen sich im Vergleich mit den bisherigen wie folgt:

Hohlbleche 2435 (2650), vorgewalzte Bleche 2655 (2900), Snippelbleche 2725 (3125), Platten 2790 (3200), Formeisen 3105 (3625), Stabeisen 3200 (3650), Bandblechen und Univerfaleisen 3535 (4050), Grobbleche 4040 (4700), Mittelbleche 4775 (5535), Feinbleche 1 bis 3 Millimeter 4840 (5600), Feinbleche unter 1 Millimeter 4865 (5625), schwere Schienen 3320 (3772), Grubenbahnschienen 3300 (3752).

Die Preise verstehen sich für Thomasmassqualität. Der Ausschlag für Siemens-Martinqualität wurde gleichzeitig von 150 auf 100 Mk. pro Tonne ermäßigt.

### Bankkonzentration.

Die Deutsche Bank hat die Absicht, die Württembergische Vereinsbank in sich aufzunehmen. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet darüber, daß damit eines der bedeutendsten Provinzialinstitute von den Riesen des Berliner Bankkapitals erobert und so der Konzentrationsprozeß innerhalb der Banken weiter fortgesetzt wird. Nachdem vor kurzer Zeit bedeutende Verschmelzungen im Konzern der Commerz- und Diskonto-Bank erfolgt sind, die Bank für Handel- und Industrie scheinbar auch vor neuen Projekten steht, bedeutet die beabsichtigte Verschmelzung der Württembergischen Bank mit der Deutschen Bank eine außerordentliche Beschleunigung dieser Tendenz. Die Württembergische Vereinsbank verfügt zurzeit über 17 Filialen und 14 Depositenkassen, sie ist bei einer Reihe Firmen beteiligt und steht in engen Beziehungen zur Württembergischen Bankanstalt sowie zur Hofbank und dem Bankhaus Dörtenbach & Co. Mit der Uebernahme der Vereinsbank würde dieser maßgebende Einfluß also auf die Deutsche Bank übergehen, so daß sich der Umkreis der wirtschaftlichen Macht dieses Rieseninstitutes wieder beträchtlich erweitern würde. Der Einfluß, den die Großbanken auf unser Wirtschaftsleben haben, ist garnicht hoch genug einzuschätzen, ihre Vergesellschaftung daher eine der Vorbedingungen einer durchgreifenden Sozialisierung.

### Aus der Provinz.

Alle Ortsgruppen, die keiner Kreisleitung angeschlossen sind, haben sich telephonisch nach Breslau um Wahlmaterial zu wenden. — Wenn möglich, das Material durch Boten abholen lassen. Die Bezirksleitung Breslau, Telefon Ring 8837.

### Krähwinteleien.

Vor einigen Tagen veranstaltete der kaiserlich republikanische Kriegerverein in Nimkau bei Breslau ein schwarzweißrot beschärpt und behaftetes Waldfest mit Tanz. Das wäre in der Republik Deutschland an sich keine Sonderlichkeit, interessant ist nur die Tatsache, daß sich auch der rechtssozialistische Distriktsführer und stellv. Amtsvorsteher E. W. an dem patriotischen Klubbem beteiligte und der Fahnenträger (kaiserliches Ehrengeheim) ebenfalls ein wahrer Genosse ist. Joyll.

### II.

In der „Schlesischen Tagespost“ vom Mittwoch ist zu lesen:

Den herzlichsten Dank sagen wir Herrn Grafen von Seidlitz-Sandreczki auf Obersdorf für die Auszeichnung durch das Ehren Diplom und gleichzeitig für das reichliche Geldgeschenk und Mittagessen am Pfingstmontag und für die daran den Wunsch, noch lange Jahre Herrn Grafen von Seidlitz-Sandreczki treu dienen zu dürfen.

Langenbielau, den 31. Mai 1920.  
Die Arbeiterschaft der Genshaft Langenbielau  
S. A.: Schafmeister Julius Haberecht.

Ist die Arbeiterschaft der Herrschaft Langenbielau wirklich so verflaut, daß sie vor ihrem Ausbeuter des Pfingstessens wegen auf dem Bauch liegt oder ist nur der verantwortliche Schafmeister allein das bedauernswerte Schaf?

### Popales.

Breslau, den 3. Juni.

## Wähler Breslaus!

Erscheint in Massen am Freitag, den 4. Juni, abends 7 Uhr in den

## Wähler-Versammlungen der U. S. P.

im Zentral-Haus, Wellendstraße,  
Pflücker (Harmonie), Gröblener Straße,  
Gonsiorke, Pöhlstraße,  
Kolonat, Oberer Straße.

Achtung! Voranzeige! Achtung!

Sonnabend nachmittag 6 1/2 Uhr:

## Wahl-Demonstration auf dem Palaisplatz

„Das gleiche, freie Wahlrecht und das Kapital“.

Freitag abend 7 Uhr spricht Genosse Emonts-Berlin im „Friedberg“, Kaiser-Wilhelm-Straße, über:

„Die Kopferbetter und die Revolution“.

Erscheint in Massen! Der Orttrat der U. S. P. Breslau.

### Nichtstugend.

Vergangenen Montag weilte der Reichswehrminister Seßler in Breslau und hielt mittags eine Besprechung mit den Führern der Parteien und Pressevertretern ab. Die ganze Sitzung war belanglos. Wenn z. B. der Minister erklärte, die Reichswehr habe kein Recht, Verhaftungen vorzunehmen, so klingt das ja sehr gut und schön, kann aber von uns hinsichtlich der Praxis nicht ernst genommen werden, denn die Reichswehr resp. ihre Offiziere macht bekanntlich was sie will und nicht, was der Reichswehrminister wünscht! (Siehe verurteilte Verhaftung des Arbeiterrats B. am Donnerstag vergangener Woche durch Offiziere, Erschießung von Paasche.) Der Minister erklärte ferner, die Reichswehr solle keiner Partei, sondern dem Vaterlande gehören. Nun, vorläufig gehört die Reichswehr mit ihren Anhängern: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenformationen den Feudalen und Schwerkapitalisten, die allerdings behaupten, das Vaterland zu repräsentieren. Die bewaffnete Macht gehört stets der Klasse, die die wirtschaftliche und politische Gewalt besitzt; das siegreiche Proletariat wird seine rote Armee gegen das internationale Bürgertum haben, bis die vollendete sozialistische Gesellschaft auf internationaler Grundlage auf bewaffnete Organisationen verzichtet können. — Ueber die Putzgefahr der Nationalisten ging der Minister mit Liebenswürdigkeit hinweg, wie die Putzisten am Tage ihrer Tat über ihn hinweggehen werden. Der General des hiesigen Generalkommandos, Herr v. Horn, beteuerte, daß das Generalkommando jetzt antikapitalistisch reorganisiert sei, und die Offiziere seines Stabes nahmen die von Demokraten, Rechtssozialisten und Unabhängigen vorgetragene Mitteilung über Vorbereitungen in Schlesien zum neuen Rechtsputsch und Beschwören über die Reichswehr zu Gehör und Papier. Weibes ist geduldig. Der neue Oberpräsident Zimmer verfierte, daß der Wahlakt am 6. Juni keinesfalls gestört werden würde, da alle Sicherungen getroffen seien, mußte aber liebenswürdig lächelnd zugeben, daß er vielleicht schon vor den Wahlen von den Putzisten verhaftet sein könne. Gegen den „Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier“ könne er vorläufig nicht vorgehen, da die deutsche Regierung Entente-Zugeständnisse wegen auf der Konferenz in Spaa erklären werde, die Einwohnerwehren usw. (bewaffneter Heimatschutzverband) seien bereits feierlich aufgelöst. (Diese Mitteilung soll zwar nicht veröffentlicht werden, wir denken aber garnicht daran, es nach dem Kriegsmuster zum Jubel der Lüge zu machen.) Glaubt jemand, daß nach der Konferenz in Spaa der Heimatschutzverband usw. entwaffnet wird, wenn das Proletariat nicht die Gewalt besitzt? — Es wurde geredet, geschwiegen, gelächelt, die Stürm gerunzelt, und die Sitzung wird dem Angriff der schwärzesten Reaktion ebensowenig hindern, wie das Proletariat ihn niederschlagen wird.

### Die Deutsche „Volks“partei

präsentiert für Mittelschlesien als Spitzenkandidaten einen Legationsrat a. D. von Rheinbaben. Wie die katholische „Schlesische Volkszeitung“ jetzt enthüllt, hat dieser Herr zur Wahlpropaganda für seine wertvolle Person und für die deutsche Volkspartei überhaupt nicht weniger als 400 000 Mk. flüchtig gemacht und „sehr erfreuliche Beziehungen zu den Breslauer Neuesten Nachrichten“ angeknüpft. Es ist uns keine Neuigkeit, daß die Geldsäcke (einschließlich Demokraten) zu Wahlzeiten die Sauerei der Korruption ganz besonders spielen lassen, wir wollen bloß wieder mal feststellen, wie idiotisch und demagogisch (hört es, Rechtssozialisten!) es ist, von einer vollendeten Demokratie zu sprechen, wenn die Geldsackparteien ungezählte Millionen zur Vergiftung der Meinung in den Wahlkampf werfen können, während die proletarischen Organisationen nicht wissen, wie sie nur die Stimmzettel bezahlen sollen. Herr von Rheinbaben (gleich den anderen) lauft sich eine Kandidatur und nennt sich dann, falls er gewählt wird, Volksvertreter. Lächerlich, etelhaft, Demokratie!

In Nr. 5 der Wahlmitteilungen der Deutschen Volkspartei vom 27. Mai findet sich folgende Notiz:

### Skandalöse Verkäufe an die Bolschewisten.

Die Abgg. Dr. Mittelmann, Dr. Marek, Witt-hoeft und Dr. D. Kahl haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Ist der Reichsregierung bekannt, daß zurzeit Agenten der russischen roten Armee in Deutschland für viele Millionen Chemikalien, Arzneimittel und medizinische Instrumente aufkaufen? Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung dagegen zu ergreifen?

Es ist geradezu ein Skandal, daß die Regierung keine Macht und Wege findet, derartige Verkäufe an die Feinde der europäischen Zivilisation zu unterbinden!

Die Freunde der europäischen Zivilisation Dr. Mittelmann usw., vor allen Dingen aber der berühmte Dr. Kahl, der so zivilisatorisch für die Bekämpfung der Todesstrafe eintritt, regen sich auf, daß vielleicht Arzneimittel nach Sowjetrußland geschafft, um dort zur Biederung des Menschenleides gebraucht zu werden. Es ist bekannt, daß in den russischen Spitälern seit Monaten die Patienten nicht markiert werden können, da es an dem nötigen Material fehlt. Und die Herren von der Deutschen Volkspartei fordern im Namen der Zivilisation von der Regierung, daß sie dem Bestreben, den traurigen Zuständen in den russischen Spitälern ein Ende zu machen, entgegenstehe. Die russischen Menschen sind ja keine Menschen, sind ja Feinde der Zivilisation eines Herrn Kahl, der Kriegsenthusiast war und ist und für die Bekämpfung der Todesstrafe eintritt. Gibt es eine größere Verkommtheit als die „christlichen“ Wünsche des Herrn Kahl und Gesinnung! Aber, wählt deutsche Volkspartei schreien diese Zivilisations-Arcaturen und der „Generalanzeiger“ stellt sich in ihre Dienste.

### Die Belegschaffen

Der städtischen Gaswerke I, III und IV haben zum drohenden Rechtsputsch eine gleichlautende Entschädigung wie die Belegschaft des städtischen Gasens („Schles. Arbeiterztg.“ Nr. 53 vom 1. Juni) angenommen.

### In eigener Sache.

Direktor Schuch von der Zuckersabrik Schottwitz klagt sich durch den „Königsreue in Schottwitzer Landchen“ beleidigt, weil die Behauptungen darin angeblich unzutreffend seien sollen und hat Strafantrag gegen mich als Verfasser gestellt. Vor allem behauptet er in seinem „Berichtigungsarbeiten“, daß es unwahr wäre, daß er Forderungen der Arbeiter wie der Beamten, selbst tariflich anerkannte, rücksichtslos unterdrückt. Tatsachen beweisen. Durch Wiedergabe von Schriftstücken werde ich nun in einer Reihe von Artikeln den Beweis der Wahrheit erbringen und überlasse es jedem Leser und Parteigenossen, sich ein Urteil selbst zu bilden.

Angestelltenbund der deutschen Zuckerindustrie.  
Bolschewik-Konto Nr. 26 828 Breslau 1,  
Bank-Konto: Schlesischer Bankverein.  
Tel.-Adr.: Zuckerbund Haynau i. Schl.

Haynau i. Schl., den 15. November 1919.

Herrn  
Germann Hoffmann, Lokomotivführer  
Breslau  
Lehndamm 17.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir haben Ihr gesch. Schreiben erhalten und haben davon Kenntnis genommen, daß Sie gegen die Nichterfüllung eines Tariffes seitens der Zuckersabrik Schottwitz Einspruch erheben. Um Ihnen zu Ihrem Rechte zu verhelfen, haben wir die entsprechenden Schritte eingeleitet und bitten Sie höflich, Ihre weiteren Schritte nicht zu unternehmen, sondern weitere Nachrichten von uns abwarten zu wollen.

Herr Direktor Schuch scheint überhaupt eine sonderbare Auffassung über den abgeschlossenen Tarifvertrag zu haben. Sie sind nicht der Erste, der sich dieserhalb von der dortigen Zuckersabrik an uns gewandt hat. Wir geben Ihnen die Versicherung, daß wir alles tun werden, damit Sie voll und ganz zu Ihrem Rechte kommen und empfehlen uns Ihnen mit Bundesgruß

Angestelltenbund der deutschen Zuckerindustrie  
E. Knüppel.

Der Angestelltenbund der Zuckerindustrie ist im Juni 1919 begründet worden und hat nach heftigen Kämpfen am 20. Oktober 1919 mit dem Verein der Zuckerindustriellen einen Tarif für Schlesien abgeschlossen, der von dem Vertreter der Zuckersabrik Schottwitz ignoriert wird, wie aus vorstehendem Schreiben zur Genüge hervorgeht.

Franz Hellmann.

### Antisemitische Wahlmache.

Von dem Rechtsbeistand der hiesigen Firma C. Lewin erhalten wir folgendes Schreiben, das wir hiermit der Öffentlichkeit übergeben:

„Es wird bekannt sein, daß seitens des Deutsch-Völkischen Schuch- und Trugbundes und einzelner Agitatoren der Deutschnationalen Volkspartei Angriffe gegen die Firma C. Lewin in Breslau erhoben worden sind. Insbesondere wird ein Flugblatt in vielen Exemplaren in den verschiedensten Orten Deutschlands verbreitet, das am Kopfe die Bezeichnung „genehmigt Ca. 1 c. Nr. 157“ trägt und die Behauptung aufstellt, daß Herr Lewin an die Firma C. Lewin verpfändet würde; die Firma erhalte durch das Reichsverwaltungsamt Waffensätze zu 1 Mark, Luchojen zu 1 Mark, Mäntel zu 2 Mark usw. geliefert, während ein solcher Mantel von dem deutschen Arbeiter mit 600 Mark bzw. 300 Mark bezahlt werden müsse; die Juden nähmen die Wucherpreise und dergl. mehr.

Eine dahingehende Anfrage ist in der Nationalversammlung an die Regierung gerichtet worden. Der 20. Ausschuß der Nationalversammlung hat daraufhin die Angelegenheit eingehend in zwei Sitzungen, an denen auch ein deutschnationaler Abgeordneter teilnahm, geprüft und einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Berlin, den 14. Februar.

Das Verhältnis des Reichs zur Firma C. Lewin in Breslau.

Der 20. Ausschuß der Deutschen Nationalversammlung, der zur Heberwachung der Liquidation der Reichs-Teig-Vertriebsgesellschaft und zur Kontrolle der Geschäftsführung der Reichs-Teig-Vertriebsgesellschaft m. b. H. eingesetzt wurde, befaßte sich in den zwei letzten Sitzungen mit dem Verhältnis dieser Gesellschaft zu der so angeführten Firma Lewin in Breslau. Es liegen dem Ausschuß vor je eine Denkschrift der beiden Gesellschaften über ihr Verhältnis zu der Firma, sowie Verträge und Bestellungen, Kosten-Rechnungen nebst Aufzeichnungen über die bisherige Leistung. Der Ausschuß kam zu der einstimmigen Auffassung, das Verhältnis zu der Firma Lewin im vollen Umfang aufrecht zu erhalten, da feststehe, daß kein zweites Unternehmen in Deutschland in der Verwertung von Abfällen so ergiebig und preiswert arbeite, wie diese Firma. Bei dem ungeheuren Mangel an Teigflüssen müsse auf die bestmögliche Verwertung der Abfälle geachtet werden, weshalb nicht zu empfehlen sei, der Firma Lewin diese Verwertung zu entziehen.

Die gegen die Firma gerichteten Angriffe seien unbegründet und daher völlig unberechtigt.

Später hat der Ausschuß die Betriebe der Firma auch persönlich revidiert, ihre Organisationen und Arbeiterverhältnisse lobend anerkannt und die Verwertung der Abfälle durch die Firma C. Lewin für die im allgemeinen Interesse weitest zweckmäßigste bestätigt.

Trotz des durch das Bolschewik-Telegramm-Büro sofort amtlich verbreiteten Beschlusses hat der Deutsch-Völkische Schuch- und Trugbund das oben bezeichnete Flugblatt Nummer 157 mit anderen Flugblättern ähnlichen Inhalts in zahllosen Exemplaren verbreitet.

Die Firma C. Lewin hat sich deshalb genötigt gesehen, gegen den Deutsch-Völkischen Schuch- und Trugbund beim Landgericht Breslau durch uns Klage auf Unterlassung der weiteren Verbreitung zu erheben. Auf Ihren Antrag ist dem Bund durch die in Abschrift beiliegende einstweilige Verfügung bei Vermeidung hoher Strafen die Verbreitung dieses Flugblattes, sowie gleichzeitiger Behauptungen unterlag worden. Das dem Gericht vorgelegte amtliche Material, auf Grund dessen die einstweilige Verfügung erlassen worden ist, steht auf Wunsch zur Benutzung zur Verfügung.

Ich hebe folgendes hervor:

1. Es handelt sich nicht um gebrauchsfähige Sachen, sondern um ausrangiertes, minderwertiges Material, das sonst größtenteils nur als Lumpen verwertbar wäre.
2. Diese Gegenstände erhält die Firma nicht zu ihrer freien Verfügung, sondern um daraus neue Kleidungsstücke für die minderbemittelte Bevölkerung herzustellen.
3. Die hergestellten Kleidungsstücke werden von der Reichs-Notstandsverwaltung in Berlin verteilt und an Werke, Kommunalverbände usw. für Arbeiter und Arbeiterinnen in Landwirtschaft, Industrie und Bergbau abgegeben.
4. Die Verkaufspreise für die hergestellten Sachen sind der Firma C. Lewin behördlich vorgeschrieben und betragen beispielsweise für einen Mantel nicht 600 Mark, sondern je nach Beschaffenheit 18—30 Mark.
5. Trotz dieser niedrigen Verkaufspreise sind die von der Firma C. Lewin erhaltenen Abfälle höher als die üblichen.
6. Eine Genehmigung des Flugblattes Nummer 157 durch irgend eine amtliche Stelle ist niemals erfolgt. „Genehmigt“ ist das Flugblatt vielmehr nur von der Zeitung „Das Volk“.

den Schuh- und Truhbundes, und der Genehmigungsvermerk, sowie das erfindene Markenzeichen soll dem Leser einen amtlichen Charakter des Flugblatts vorkaufend.

Es ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der Deutsch-Böhmische Schuh- und Truhbund und die deutsch-nationale Organisation die ergangene einstweilige Verfügung nicht beachten, sondern nach wie vor versuchen werden, durch unwahre Darstellung der Angelegenheit die angebliche Korruption der gegenwärtigen Regierung zu beweisen, um in der Wahlkämpfe die Gunst der Wähler zu erzielen. Es dürfte daher im allgemeinen Interesse liegen, daß zur Zeit des jehigen Wahlkampfes die Öffentlichkeit über die wahre Sachlage aufgeklärt wird.

### Gaushaltsplan der Stadt Breslau für 1920.

#### Kunst und Wissenschaft.

An der ersten Stelle dieses Abschnittes des städtischen Haushaltsplanes steht das Stadttheater, dessen Einnahmen und Ausgaben nach den Beschlüssen des Magistrats sich auf je 2600000 M. belaufen. Es ist hier also wie auch in in der Voranmeldung der Verwaltung, die mit einem um 8000 M. niedrigeren Betrage abschloß, eine Gleichgewichtslage, ein solches ausgleichendes Zustand angenommen worden. Erhöhtem gab sich innerhalb des Magistrats wohl niemand einer Forderung darüber hin, daß, sollte eine abermalige Erhöhung der Gehälter und Löhne an unserer städtischen Oper Platz greifen, diese kaum noch in der

bisherigen Weise — durch eine weitere Steigerung der Eintrittspreise — werde weitgemacht werden können. Ja, es tauchte die Frage auf, ob selbst die gegenwärtigen Preise sich dauernd würden halten lassen und es wurde daher, um ein Zurückgreifen auf die aus der Kartensteuer erzielten Einnahmen so lange wie möglich zu vermeiden, die Schaffung eines besonderen Rücklagenstocks für dringende Bedürfnisse der Zukunft angeregt, ein Vorschlag, der indes von der Mehrheit des Magistrats als ungeeignet abgelehnt wurde. Unser Stadttheater — um einmal diesen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen — ist mit in erster Reihe auf die geringe Anzahl der Plätze zurückzuführen, die hinter der anderen Breslauer Theater und sonstigen Vergnügungstätten zum Teile ganz erheblich zurückbleibt. Im Stadttheater sind alles in allem keine 1850 Plätze vorhanden, während das Schauspielhaus rund 1700, das Lieblichtheater nahezu 1800, der große Konzerthausaal fast 2000 und selbst das Thalia-Theater noch 1883 Plätze aufweist. Daraus erklärt es sich, daß hier jede Weiterbildung der erhöhten Kosten auf die Eintrittspreise ganz besonders schwer ins Gewicht fallen muß; daraus erklärt es sich ferner, daß selbst in Zeiten gesteigerten Besuches nicht so erhebliche Einnahmen herausgewirtschaftet werden können, wie das zur Sammlung von Rücklagen erforderlich wäre. Es kommt also, fast man das Gegenteil zusammen, immer wieder darauf hinaus, daß ohne die — leider nicht vorhandene — Sicherheit einer Beihilfe aus Reichs- oder Staatsmitteln die Zukunft unserer Opernbühne so lange ungewiß bleiben muß, als einerseits die Unklar-

heit der allgemeinen Verhältnisse andauert und als andererseits die Stadt zu der Leistung eines Zuschusses in mehr oder weniger beträchtlicher Höhe wirtschaftlich nicht in der Lage ist. Von den übrigen Verwaltungen dieses Abschnittes ist nicht viel zu sagen. Erwähnt sei, daß der Magistrat unter Einrechnung der auf 10 000 Mark angelegten Einnahmen aus Eintrittsgeldern den Zuschuß an das Kunstgewerbemuseum von 208 000 Mark auf 181 750 Mark kürzte und, daß die umläufig bei der Stadtbibliothek, den Volksbibliotheken und Befehlen eingeführten Benutzungsgebühren zwar gegenüber den ersten Anmeldungen der Verwaltungen eine Herabsetzung des Zuschusses von 598 610 M. auf 624 310 M. ermöglichten, es aber auch nicht annähernd vermocht haben, ihn auf das Maß des Vorjahres (361 900 M.) zu beschränken. Hier bilden, wie überall, die gesteigerten persönlichen und sächlichen Kosten ein nicht aus dem Wege zu räumendes Hindernis, ein Hindernis, dessen Wirkungen durch die naturgemäß nur in begrenztem Umfang mögliche Schaffung neuer Einnahmen wohl um ein Geringes gemildert, nicht aber beseitigt werden konnten.

#### Quittung.

Die Steinarbeiter-Versammlung handigte Kollegen M i t t e r am 30. Mai 1920 88,— Mk. für die Flüchtlingstaxe der U.S.P. ein.  
Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Kubastki; für die Injektate Fritz Wlbrich;  
Druck: Buchdruckerei Wölfl & Dantzel, Kunitz in Breslau.

**Stadttheater.**  
Donnerstag 7 Uhr:  
Bar 2. Zimmermann.  
Freitag 7 Uhr:  
Rigoletto.  
**Thalia-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Hose Bernd.  
**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne. T. N. 2545  
Donnerstag, Samstag und Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Die Frau Ministerpräsident.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Wiener Blut.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Gattin für ihn.  
Montag 7 1/2 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Eine Salznacht.

**Luna Park**  
Freitag  
Gehen Sie Freitag zum  
*„Dummkopf“*  
Zusammenfassung  
Zusammenfassung  
Zusammenfassung  
Neben-Titel: Blau.

**Kabarett Kakadu**  
Nikolaistr. 65/68. Dir.: K. Wengzik.  
Wochentage: Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt.: Anf. 6 Uhr.  
Das glänzende Juni-Programm.

**M. Gadatsch Festsäle** (früher Weide, Pöpelwitzstr. 23)  
Morgen Freitag sowie jeden Sonntag  
**Grosser öffentl. Tanz**  
Schleifen- u. Tourentanz. Anfang 5 Uhr.  
Für Vereine sind noch Sonnabends zu vergeben.

**Waffen heraus!**  
Eine letzte Warnung für das werktätige Volk!  
**Dr. Paul Levy**  
spricht am Freitag, d. 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr.  
im Schießwerderaal:  
„Die K. P. D. und die Reichstagswahlen.“  
K. P. D. (Spartakusbund), Ortsgruppe Breslau.  
Zur Deutung der Unholen 50 Pfennige Eintritt.

**Das größte Varieté Deutschlands**  
im **Zirkus Busch**  
heute und täglich abends 7 1/8 Uhr  
**!12 Attraktionen!**

<b>L. und P. Lee</b> Schwebende Musik Neue, aufsehenerregende Piece	<b>Guido Londe</b> in seinem sensationellen waghalsigen Lektakt.
<b>Tilly u. Olga</b> Gymnastische Dressur erstklassige Neuheit	<b>Lona u. Bell</b> Dressur-Akt Pferde und Hunde
<b>Georg A. Reifland</b> Meister-Jongleur Original-Balance-Akt <b>Bruno von Littau</b>	<b>MacNorton</b> das Weltwunder schluckt lebende Fische, Frösche, die nach kurzer Zeit wieder lebend zutage befördert werden.
<b>Erwin</b> der Drehbare Größter Erfolg Phänomenal.	<b>Elias</b> Der Jongleur auf dem Drahtseil.
<b>2 Fields</b> Hand-Equilibristen Das Originellste u. Gediegenste, was in dieser Art bisher gezeigt wurde.	<b>4 Burgers</b> am schwebenden Seil <b>Bojanowskys</b> in ihrer beliebten Szene: „Herr und Frau Nachtigall“

Eintritt nur 1,10 bis 6,60 M.  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Einlass 7 Uhr. Konzertbeginn 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf: Barasch, Kllian & Co., Tauentzienpl., Zg.-Böhm, Klosterstr., Ecke Feldstr., Zg.-Kafaska, Friedrich-Wilh.-Str. 8, Zirkuskasse 11—2 Uhr und 6 Uhr abends.

**Viktoria-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das Mädel aus dem Paradies.

**Figaro-Theater**  
Bischofsstraße 4/5  
Fernspr. Ohte 1769.  
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:  
Cläre Fröhlich und Gustav Birkholz  
Irene Friedal Schlegel, Hans von Borch, Max Scholz  
Charlotte Klein  
Mary Probst  
Wenn Männer schwärmen  
von Walter W. Götz

**Union-Theater**  
Graupenstr. 6.  
**Bruno Kastner** in  
**Artisten treue**  
oder Grafentochter u. Arist.  
Spann., aus. nach Leidensweg zweier Liebenden.  
4 große Akte.  
**Die fremde Frau.**  
Famores  
Grossstadtliebhaber.  
3 große Akte.  
Erstklassige Rezitation.

**Schöne helle Schlafzimmer**  
bestehend:  
1 Schrank, 1 Waschkommode mit Platte und Spiegel, 2 Bettstellen mit Patentanfertigungen und Kissen, 2 Nachttische mit Platte  
**Max Giesel**  
Bräderstr. 23.

**LIEBICH-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der grosse Erfolg  
des neuen Jubiläum-Programms.

**Walhalla-Theater**  
Am Wachtplatz.  
**Carola Toella** und **Carl de Vogt** in:  
**Die Ehe der Frau Mary.**  
Erstklassige, Leidensweg ein herzoglicher junger Frau.  
**Karichen als Ober**  
Famores  
Erstklassige Rezitation.

**Schuhverkauf**  
gehen Sie in den „Warenhandel“  
Graupenstr. 4  
Spezialität in Lederarbeit

**Zeltgarten**  
Dir Hans Krsinski im herrl. Garten.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Neuheiten  
**Spezialitäten**  
Ab 1. Juni:  
Vollständig neues  
Bischofsprogramm.

**Das Rieser-Programm**  
mit  
**Lotte Neumann.**  
Die glänzende Künstlerin in dem vorläufigen Uraufführung von Rudolf Strauß:  
**Arme Tora**  
in 5 Akten.  
**Lampad Yagabonds**  
verliebt sich der leidenschaftlichen Liebhaber in 5 Akten.  
**Zycorin-Liebe.**  
Sensationelles Zycorin-Programm in 4 Akten.  
Zeitig kommen.  
Guter Platz!  
Wochentag Anfang 4 Uhr.  
Sonntag 3 Uhr.

**Jede Frau**  
verliert ihre Jugend, wenn sie nicht 8 mal potenziert.  
**Idealen Frauenstübchen H**  
30 W. Richardtschillerstr.  
Berufsbüro  
**Frau C. Holbing**  
Breslau 19, Kollnstr. 12

**Ober-Bayern**  
Gartenstr. 63  
Anfang  
**Neue Kapelle**  
6 Uhr  
Täglich Konzert  
Damen-Orchester  
Dir. P. Scholtz

**Kranke**  
Krankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von angesehenen Ärzten.  
Heilkräftiger Fr. Jochims, Palmstr. 22, II. Fl. Ohte 221.  
9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

**Achtung! Wo?**  
Wo man sein Geld nicht verliert, sondern verdient.  
Mitte des Jahres 1920  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Caplanstr.  
Wichtige Tagesordnung!  
Beginn 8 Uhr.

**Versammlungskalender der U.S.P.D. Breslau.**

**Achtung. Distrikt 4 Achtung.**  
Schönerstr. 21 bei Adelung.  
Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 Uhr  
**Distriktversammlung.**  
Erfahrung aller Genossen ist Pflicht.  
Kies kann zur Wahlarbeit.  
Der Distriktsführer.

**Achtung. Distrikt 7. Achtung.**  
Freitag, den 4. Juni, abends 5 Uhr treffen sich alle Genossen im Distriktslokal, Schulstr. 16, zur Freitag-Mitgliederversammlung. Keiner darf fehlen. Aufsehen!  
**Distriktversammlung.**  
Thema: Parteivermittlung.  
Der Distriktsführer, Franz.

**Achtung. Distrikt 2.**  
Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr  
**Kampfabend, Distrikt-Versammlung**  
bei Scholz, Schulstr. 12/14.  
Die Tagesordnung wird im Kabinett der Mitglieder im Detail bekannt gegeben. Alle Genossen werden dringend ersucht zu erscheinen. Der Distriktsführer.

**Achtung. Distrikt 12.**  
Donnerstag, den 3. Juni abends 7 1/2 Uhr,  
**Distrikt-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
**Reichstagswahl.**  
Distriktslokal: Graupenstr. 140, 6. St. Hölzstraße.

**U.S.P.D. Kampfabend**  
Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Caplanstr.  
Wichtige Tagesordnung!  
Beginn 8 Uhr.

**Schuh-Spezial-Haus**  
Grösstes Lager aller Schuharten  
für alle Schichten der Bevölkerung  
**Billige Preise!**  
**S. Schiffan**, Neu  
Graupenstr. 7

**Neu eröffnet! Für Schlesien.**  
Kommunistische und sozialistische Literatur vorrätig.  
Beforgung aller Literatur!  
**Kommunistische Bucherei,**  
Breslau 5, Gräbischer Straße 45.  
Glückwünsche der Kommunistischen Partei (Gartenstadt)  
können bestellt und telegraphisch angefordert werden.  
**Gumbach**  
Schlesische Bucherei  
Gumbach  
H. Klein,  
Wochentag: 1. Obletke 79  
2. Sand von Ring.  
**Sie sparen viel Geld**  
wenn Sie Ihren Bedarf an  
**Herren- u. Damen-Stoffen**  
bedenken  
**Breslauer Tuch-Verbandhaus**  
Breslau, Schönerstr. 60/62.